

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

14.11.1923 (No. 314)

Karlsruher Tagblatt

Preisverzeichnis
Einzelheft 140 Mark. Frei-
post. An anderer Ge-
schäftsstelle oder in un-
terliegenden Monats-
preisen. An der Geschäfts-
stelle 20 Mark.
Am Halle höherer Gewalt
hat der Verleger keine An-
sprüche bei veränderten oder
Rückstellungen der Zeitung.
Abbestellungen können nur
bis zum 25. auf den
folgenden Monatsheft an-
genommen werden.
Verlag, Schriftleitung und
Verwaltung: Ritterstraße 1

**Anzeigenverzeichnis nach
Grund- und Schlüsselzahl:**
Grundzahl für die Anzahl
der Zeilen ober deren
Raum 200, auswärts 240,
Kommissionen und Stellen-
anzeigen 100, Restommesse
600, an erster Stelle 850.
Schlüsselzahl 250 000 000
Rabatt nach Tarif.
Fernverhandlungen:
Geschäftsstelle Nr. 18,
Berlag Nr. 21 und 297,
Schriftleitung Nr. 20,
Verwaltung Nr. 12,
Postfach Nr. 9547
Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlich: Hermann v. Carr. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Reich: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl
Dobro; für Inserate: Heinrich Schuler. Druck und Verlag: C. D. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Jäger. Berlin-Charlottenburg, Mozartstr. 87. Telefon-Zentrum 428.
Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. **Mittwoch, den 14. November 1923** Nr. 314

Warum die französische In- dustrie an die Ruhr ging.

In der Wiederaufbaunummer der Handels-
ausgabe des Manchester Guardian sind von dem
bekanntesten französischen Wirtschaftspolitiker
François Delaiffe mehrere Artikel erschienen,
die einen ganz ausgezeichneten Überblick über
die Gründe geben, aus denen ein Teil der fran-
zösischen Industrie zur Ruhrbeziehung gedrängt
hat. Nach den Angaben von Delaiffe gehen wir
im Folgenden einiges über die Beweggründe
wieder:

In der mächtigsten wirtschaftlichen Organisa-
tion Frankreichs, dem comité des forges, hat die
französische Schwerindustrie die Führung; in
ihr wiederum sind maßgebend einige große
Stahlwerke, von denen besonders die Firma
Schneider & Co., Creusot, Devendil um ge-
nannt seien. Diese großen Konzerne haben schon
vor dem Kriege hohe Schutzzölle durchgesetzt.
Sie haben dadurch die Einfuhr von ausländi-
schen und Eisenzeugnissen fast ganz unterbun-
den; dadurch sicherten sie sich nicht nur Absatz
für ihre Erzeugnisse bei der französischen weiter-
verarbeitenden Industrie sondern sie waren
auch in der Lage, unbedenklich um die Preis-
schwankungen des Weltmarktes ihre Preise ein-
seitig festsetzen zu können. Nebenher hat auch
noch eine Rolle gespielt das Verstreuen, einen
zu plötzlichen Aufschwung der Industrie Frank-
reichs, der doch nur auf Kosten der landwirt-
schaftlichen Bevölkerung erfolgen konnte, zwecks
Vermeidung der damit verbundenen politischen
und sozialen Folgen zu verhindern. Diese Poli-
tik industrieller Mäßigung nahm mit einem
Schlage ein Ende, als nach Kriegsende die
früher in deutschen Händen befindlichen Erz-
zeuben und Erze werke Lothringens, der Saar
und Luxemburgs unter französischer Kontrolle ge-
setzten. Delaiffe schreibt wörtlich: „Eine wunder-
volle Beute kam in diesen gewaltigen Werken
in französische Hände, eine Beute, die den Wert
der zerstörten Fabriken um ein Mehrfaches
übertraf; durch das Übermaß der Beute trat
jedoch eine Art allgemeiner Anämie ein; das
comité des forges bekam zum ersten Mal An-
wandlungen von Größenwahn.“ Dieser äußerte
sich zunächst darin, daß die französische Industrie
die lothringischen Werke übernahm; es bildeten
sich mehrere Gruppen, die sich in die einzelnen
Werke teilten, Gruppen, bei denen auch belati-
sche Kapital beteiligt war. Gerade dieser Ge-
schäftspunkt ist sehr wesentlich, da er zu einem
guten Teil den politischen und wirtschaftlichen
Anschluß der belatischen Politik an die französi-
sche erklärt. Durch den Anschluß der früher in
deutschen Händen befindlichen Werke hatte die
französische Industrie im ganzen 125 Hochöfen
mehr gewonnen; die Leistungsfähigkeit dadurch
von 5 Millionen Tonnen Jahresproduktion im
Frieden auf 11 Millionen Tonnen in der Nach-
kriegszeit; andererseits trat dadurch die Not-
wendigkeit ein, für 6 Millionen Tonnen neue
Abzweiggebiete im Ausland zu beschaffen, da
Frankreich im Inlande selbst nur für 4-5 Mil-
lionen Tonnen aufnahmefähig war.

Delaiffe schreibt nun, daß die französische In-
dustrie von diesen Abzweigungen nicht befreit waren,
da sie „an leichten Erfolg und schnellem Gewinn
in der Nachkriegszeit sich gewöhnt hätten.“ Sie
rechneten damit, daß der Wiederaufbau der zer-
störten Gebiete vorgenommen werden müßte,
daß Deutschland 5 Jahre hindurch die lothringi-
sche Eisenproduktion vollfrei hereinlassen müßte,
daß die Eisenbahnen in Europa usw. zu einem
großen Teil wieder aufzubauen waren und daß
von allen Ländern für lange Jahre vom
Weltmarkt als ausgeschlossen zu gelten habe.
Die französische Industrie war sich ihres Er-
folges umso sicherer, als sie — was tatsächlich
auch nachher eintrat — auf eine weitgehende
Unterstützung durch die Diplomatie rechnete.
Sie hielt die Ausflüchte sogar für so gültig,
daß sie Bedenken hatte, ob der Bedarf über-
haupt von der französischen Industrie gedeckt
werden könne. Mit einem rechnete sie jedoch
nicht: mit der infolge des Versailles Diktates
eingetretenen Krise auf dem Weltmarkt. Delaiffe
schreibt: „Kaum hatten die französischen
Werke ihre Ueberproduktionsmöglichkeiten in Be-
trieb gesetzt als die Krise des Unternehmertums
eintrat. Die ganze Welt war arm geworden;
die Käufer Europas konnten ihren Verbrauch
nicht nach ihrem unangehörigen Bedarf sich richten
lassen sondern sie mußten auf ihre Geldmittel
Rücksicht nehmen, die immer wertloser wurden.“
Verschärft wurde diese Krise für Frankreich noch
dadurch, daß — von dem Fall der Ruhr begün-
stigt — die deutsche Eisenindustrie, die man als
mächtigsten Konkurrenten für lange Zeit losgewor-
den zu sein glaubte wieder mit aller Wucht auf
den Weltmarkt trat. Schließlich führte Deutsch-
land auch noch die Kohlen- bzw. Kokslieferun-
gen nicht in dem Umfang aus, wie die
französische Industrie in ihrem Optimismus es
ermartet hatte. So kam es, daß die französische
Eisenindustrie einseitig mit einerseits zwi-
schen dem Mangel an Koks, der ihre Erzeugung
verhinderte, und dem Mangel an aufnahme-

fähigen Märkten, der den Absatz der Produktion
unmöglich machte.“ Im Jahre 1921 hatte Frank-
reich nur eine Erzeugung von 5 Millionen Tonnen
Eisen, während die unter seinem Einfluß
befindlichen Werke umso mehr die doppelte Menge
herstellen konnten.
Um diesen schwierigen Verhältnissen zu be-
ggnen, richtete man Verkaufsbüros ein, durch
die alle Aufträge auf die angeschlossenen Werke
umgelegt werden sollten. Es stellte sich jedoch
bald heraus, daß die Zahl der Aufträge zu gering
war, um die lothringischen Werke, die nur
bei einer Beschäftigung von 75 Prozent ihrer

Leistungsfähigkeit rentabel arbeiten konnten, in
gewinnbringendem Betrieb zu halten. Von
verschiedenen Seiten wurde zwar der Versuch
unternommen, die lothringischen Werke dadurch
lebensfähiger zu machen, daß man aus Deutsch-
land größere Mengen Reparationskoks heraus-
zog, und sie der lothringischen Industrie zur
Verfügung stellte. Sehr bald stellte sich jedoch
heraus, daß das Kernproblem nicht in dem
Mangel an Brennmaterial, sondern in dem fehlen-
den Absatz lag. Um ihn zu schaffen, gab es drei
Bege. Der erste bestand in dem Abschluß eines
Interessengemeinschaftsvertrages zwischen der

deutschen und der französischen Industrie; der
zweite war die Bildung eines internationalen
Eisenkartells, durch das der deutsche Wett-
bewerber ausgeschaltet werden sollte; schließlich
kam noch in Betracht die Belegung des Ruhr-
gebietes, um auf diese Weise dauernd Kokssteue-
rungen zu bekommen, dadurch die Erzeugungsmö-
glichkeit der deutschen Eisenindustrie zu ver-
ringern und dann die bisher von Deutschland
innegehabten Märkte zu übernehmen.

Verhandlungen zwischen den deutschen und
französischen Werken wurden eingeleitet und ab-
geschlossen; erinnert sei an die Abkommen
Voucheur-Rathenau, Stinnes-Lubetac, Runge-
Bemelmann usw. Praktischen Erfolge hatten sie
jedoch nicht, weil die französische Eisenindustrie
dem Prinzip der Uebernahme von Sachleistungen
durch die deutsche Industrie, das allen diesen
Verträgen zugrunde lag, wenig impositiv
gegenüberstand, da sie dadurch — wie Delaiffe
ausdrücklich feststellt — ihren hauptsächlichsten
Markt, die zerstörten Gebiete, zu verlieren
fürchtete. Man wandte sich deshalb bald der
zweiten Methode zu, nämlich der Gründung
eines internationalen Eisenkartells. Dieses
Kartell sollte in der Hauptsache die französischen,
belatischen und englischen Werke umfassen mit
dem Ziel, die Einfuhr der deutschen Erzeug-
nisse durch Schutzzölle fernzuhalten, den deut-
schen fremde Aufträge (wenn notwendig auch
durch verführerische Verträge) wegzunehmen
und sie auf diese Weise in ein Eisenkartell zu
zwingen, in dem die deutsche Produktion nach
Belieben der anderen Länder jederzeit beschnit-
ten werden könnte.“ Auch diese Verträge schlugen
sich, eine Einigung über die Preise wurde
zwar erzielt; über die Berechnungsschemata
konnte man sich jedoch nicht einigen. Zuerst
zogen die Saarwerke sich aus dem Eisenkartell
zurück. Auch die Verhandlungen zwischen den
französischen und den belatischen und luxembur-
gischen Werken wickelten sich nicht wünschens-
gemäß ab; am 1. September 1922 wurde das Damaid-
kartell aufgelöst. Die letzte Verkaufsorganisa-
tion der Eisenindustrie fand mit dem Jahre 1922
ein Ende; schon vor ihrer offiziellen Auflösung
machte sich die wilde Konkurrenz bemerkbar,
so daß die Preise vielfach unter Selbstkosten
sanken. Ende 1922 waren in Frankreich nur
114 Hochöfen in Betrieb gegen 146 im Jahre
1913, obwohl Frankreich allein in Lothringen
und an der Saar 60 Hochöfen hinzugenommen
hatte; die Roheisenproduktion hatte fast den
Friedensstand erreicht; die Werke waren wegen
Abnahmangel großenteils nur zu einem Drittel
beschäftigt; die Lage der lothringischen Werke,
die das deutsche Abzweiggebiet völlig verloren
hatten, war so schlecht, daß sie nicht einmal die
von der französischen Regierung vorgeschlagenen
Summen zum Ankauf der deutschen Werke zu-
rückzahlen konnten. Auch die in Frankreich
sehr mächtigen Banken, die den Eisenwerken
immer höhere Kredite hatten einräumen müssen,
gerieten in die schwierigste Lage, „infolge der
Betrübnisse einer ungenügenden Ausdehnungs-
sucht.“ Es machte sich immer mehr „die Ver-
giftung“ des Staates bemerkbar; das comité des
forges drohte zusammenzubrechen.“ In diesem
Augenblick entschloß man sich zur militärischen
Gewalt: „Am 31. Dezember 1922 löste sich die
letzte Eisenverkaufsorganisation auf, am 2. Ja-
nuar 1923 fuhr Poincaré nach London, am
6. Januar erhielt er Vollmacht von England
und am 11. Januar marschierte Frankreich in
das Ruhrgebiet ein.“ Das damit verfolgte Ziel
hat Poincaré aber nicht erreicht: „Das Kohlen-
fiskal hatte seinen Sitz verlegt, die Indus-
triellen und Arbeiter bildeten eine Einheits-
front; die deutsche Industrie produzierte Ma-
terial auf Lager.“

Neue Drohungen aus Paris.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
schrieben:

Die innenpolitischen Wirren, die Vorgänge in
Bayern und endlich das zufällige Zusammen-
treffen der Rückkehr des Kronprinzen in diesen
Ereignissen geben der französischen Politik die
erwünschte Gelegenheit, eine neue Expansions-
aktion gegen Deutschland zu versuchen. Die Pa-
riser Ausgabe der französisch orientierten „Chi-
cago Tribune“ beschäftigt sich mit Sanktionen,
die angeblich die Vorkriegskonferenz ins Auge
gefaßt habe. Danach würde Poincaré mit Unter-
stützung der englischen Flotte die Befestigung der
Räfen von Hamburg und Bremen beschnitten,
wo alsdann die Flotte durch die Alliierten er-
halten werden würden. Gleichzeitig würden
Frankfurt, Elberfeld und Barmen besetzt wer-
den.

Nach einer anderen Pariser Meldung sind der-
artige Gerüchte in dortigen politischen Kreisen
in Umlauf, die allem Anschein nach als Versuchs-
ballons von offiziöser Seite losgelassen werden
und die sich gleichfalls mit den Entschuldigun-
gen beschäftigen, die die Vorkriegskonferenz an-
fänglich der letzten Ereignisse in Deutschland und
wegen der Interaktion der Militärkontrolle —
natürlich auf Anregung Frankreichs — zu er-
greifen gedenke. Die Engländer sollen einen
Vermittlungsvorschlag gemacht haben, nach dem
vorkläufig die Aufnahme der Militärkontrolle sich
nur auf jene Landesteile Deutschlands erstrecken
soll, in denen mit Provokationen und Zwischen-
fällen nicht ohne weiteres zu rechnen sei. Das
heißt, etwa Bayern soll ausgeschlossen sein. Die
Franzosen hatten erklärt, daß sie hierauf nicht
eingehen könnten, falls man ihnen nicht an an-
derer Stelle eine „Erhöhung ihrer Sicherheiten“
gewährte. In diesem Zusammenhang soll
Frankreich als hauptsächlichste Stütze seiner
Position die sofortige Belegung der Eisen-
bahnlücken verlangt haben, die östlich von
Frankreichs Grenzen Nord- und
Süddeutschland miteinander ver-
binden, wobei natürlich auch die Stadt Frank-
furt am Main in die Besetzungszone fallen
würde. Andererseits würden Sanktionen, wie
die Erhebung von deutschen Zöllen sowohl an der
Landesgrenze als auch in den wichtigsten See-
häfen angedroht werden.

Weiter wird dann erneut das Gerücht von der
Besetzung des Hamburger Hafens durch die Eng-
länder als Mittel zum Zweck der französischen
Kreisen in Umlauf gebracht. Bei all diesen
Gerüchten, so betont die Pariser Nachricht,
handelt es sich vorläufig nicht um feste Beschüsse,
es seien aber sicherlich Beratungen in der Rich-
tung der oben genannten Art und Weise im Gange.
Was die Beteiligung der Engländer anbetrifft,
so liegt nach den letzten scharf gegen Frankreich
gerichteten Erklärungen der Führer der eng-
lischen Politik kein Grund zu der Annahme vor,
daß England eine beratende Aktion mitmachen
oder auch nur aufhören würde. Und was die
französischen Expansionsversuche anbetrifft, so
dürften schon die Drohungen angehen sein, die

Die rechtsrheinischen Bahnen bedroht.

Paris, 13. Nov. (Drahtber.) Das „Echo de
Paris“, das Blatt der Militärs, schreibt, mög-
licherweise werde es nicht mehr durchführbar
sein, die militärische Kontrolle in den
gesamten deutschen Gebieten durchzuführen, aber
in diesem Falle würden neue Garantien
unvermeidlich sein, die die bisherigen Garantien
wirksamer gestalten würden.

Diese Garantien würden zweifellos in der
Besetzung der Eisenbahnen östlich von
Frankfurt a. M. bestehen, die Norddeutschland
mit Süddeutschland verbinden.

Belgische Sanktionsdrohungen.

Brüssel, 13. Nov. Die „Agence Belge“ meldet:
Da die belgische Regierung für die wegen der
Ermondung des Leutnants Graff von deutschen
Reihe geschuldeten Reparationen keine Genug-
tunung erhielt, hat sie ihre Forderungen wieder-
holt und der deutschen Reichsregierung damit
gedroht, daß, wenn ihre Forderungen nicht
bis zu einem gewissen von ihr festgesetzten na-
hen Zeitpunkt angenommen würden, Sanktio-
nen im besetzten Gebiet ergriffen werden wür-
den.

Dazu wird von deutscher Seite gesagt:

In der Angelegenheit der Ermordung des
belgischen Leutnants Graff hat seinerzeit vor
einem belgischen Kriegsgericht ein Verfahren
stattgefunden, das mit der Verurteilung der an-
geklagten deutschen Beamten endigte. In der
Zwischenzeit haben sich a u d e r e deutsche Beamte
als die Schuldigen bezeichnet, worauf gegen sie
durch deutsche Gerichte ein Verfahren eingeleitet
wurde, das noch nicht zum Abschluß gebracht
ist. Bei dieser ungeklärten Sachlage war es für
die deutsche Regierung selbstverständlich unmo-
glich, den Reparationsforderungen der belgischen
Regierung zu entsprechen.

Das Abkommen mit der Regie.

Paris, 13. Nov. (Drahtber.) Havas berichtet
aus Düsseldorf über die Verhandlungen zwischen
Geheimrat Wolf vom Reichsverkehrsminister
und dem Direktor der französisch-belgi-
schen Regie, Breaud. Gestern ist angestrichelt
worden, daß ab 14. ds. Mts. die deutsche Eisen-
bahnverwaltung täglich der Regie 200 offene
Güterwagen und andererseits die Regie der
deutschen Eisenbahnverwaltung 400 gedeckte Gü-
terwagen aus dem reichlichen Material liefert,
das auf den Strecken der besetzten Gebiete fest-
liegt.

Berufung deutscher Delegierter nach Paris.

Paris, 13. Nov. Die Reparationskom-
mission hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig
beschlossen, soweit es möglich ist, die deutschen
Delegierten über die Zahlungsfähig-
keit des Deutschen Reiches wegen des
Antrags der deutschen Regierung vom 21. Okto-
ber zu hören. Das Datum wurde noch nicht
festgelegt. Die Reparationskommission wird je-
doch der deutschen Kriegskostenkommission den
Vorschlag machen, die deutschen Delegierten ins-
tatsächlich 10 Tagen nach Paris zu berufen. Die
Reparationskommission hat ferner einstimmig
beschlossen, nach Anhören der deutschen Delegier-
ten in eine Prüfung darüber einzutreten, ob
es nötig ist, einen Sachverständigenauschuss zu
ernennen, um eine Untersuchung über die
finanzielle Lage des Deutschen Reiches
zu veranlassen.

nommen. Der Kammerpräsident verließ bei
Beginn der Sitzung die eingegangenen 44 In-
terpellationen. Poincaré erklärte, nach seiner
Ansicht habe die Kammer vor allem ihre regel-
mäßigen parlamentarischen Arbeiten durchzu-
führen. Wenn das Parlament zusammenge-
rufen werde, so geschähe dies um ordnungsge-
mäß und methodisch zu arbeiten. Doch glaube
er, daß auch der Interpellationsdebatte genü-
gender Raum gewährt werden müsse. Er nehme
an, daß das Parlament wünsche, die Interpella-
tion über die Außenpolitik zu beraten. Hierfür
stehe er am kommenden Freitag zur Verfügung.
Er könne heute nicht antworten, weil er über
zwei wichtige Fragen, die Rückkehr des
Kronprinzen nach Deutschland und die Mi-
litärkontrolle zu größerer Zurückhaltung ver-
pflichtet sei. Wolle die Kammer heute diese In-
terpellation verhandeln, so müsse sie es mit einer
anderen Regierung tun.

Delaiffe schreibt, daß vom comité des forges die
Arbeit begangen worden sei, „fünftliche Pro-
duktionseinschränkungen vorzunehmen, als
Frankreich wohlhabend war und als überall
größerer Bedarf bestand, dagegen zu einer un-
genügenden Ausdehnung überzugehen, als die
Märkte sich verkleinert hatten und Frankreich
in Schulden fiel.“ Das Ruhrunternehmen
müßte unproduktiv verlaufen, weil die Or-
ganisation der französischen Schwerindustrie wohl
geschaffen war zu einem Druck auf die Regie-
rung und auf die Arbeiter, nicht aber zu einem
Wirtschaftskrieg gegen die Komplexität der
deutschen industriellen Organisationen und der
deutschen Technik.“ Nach Delaiffe wird — auch bei
einem günstigen Ausfall der Interaktion für
Frankreich — der Kampf an der Ruhr „das
Vaterland der französischen Eisenindustrie, wer-
den. Denn der Sinn der letztjährigen Vor-
gänge in der Eisenindustrie ist nach Delaiffe der,
daß es in der Welt rund 100 Hochöfen zu viel
abst. Die dadurch entstehende Ueberzeugung
muß sich in einem Kampf aller gegen alle
äußern“ selbst um den Preis mördischer
Preisverhandlungen.“ In diesem Kampf aber
wird „die französische Eisenindustrie alle Chan-
cen haben, völlig geschlagen zu werden.“
Delaiffe ist — man mag im einzelnen zu seinen
Ausführungen sehen wie man will — ein guter
Beobachter, der zweifelsfrei die allgemeinen
Stimmen der Entwicklung klar erkennt und auf-
gezeichnet hat. Seinen Darlegungen kommt
deshalb besonderes Interesse zu.

Ein Prüfungsausschuß im Sinne Poincarés.

Paris, 13. Nov. Die unverstämte Erklärung der Amerikaner, daß Poincarés Unversöhnlichkeit den englischen Konferenzplan zum Scheitern gebracht habe, hat in Paris Unbehagen verursacht. Der französische Ministerpräsident macht nun den Versuch, den ungünstigen Eindruck, den seine Haltung auf die Amerikaner gemacht hat, dadurch zu verwischen, daß er mit dem Plan an die Öffentlichkeit tritt, selbst einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu berufen.

Von amtlicher Seite wird darüber folgendes berichtet:

„Ministerpräsident Poincaré hat sich entschlossen, den Plan der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses selbst zu übernehmen. Er hat der Reparationskommission vorschlagen lassen, ein Sachverständigenkomitee zu ernennen. Dieses Sachverständigenkomitee soll sich aus den Vertretern der Länder zusammensetzen, die im Reparationsausschuß vertreten sind.“

Ueber die Aufgaben, die Poincaré diesem Komitee übertragen will, sagt das offizielle Nachrichtenbüro Havas:

Der von der Reparationskommission ernannte Sachverständigenausschuß könnte die Vorschläge der deutschen Delegierten prüfen. Der Ausschuß müßte ferner die Hilfsquellen Deutschlands im In- und Auslande feststellen und die Maßnahmen festlegen, die erforderlich seien, um die ins Ausland gebrachten Kapitalien wieder nach Deutschland zurückzuführen. Der Ausschuß müßte auch entscheiden, in welchem Umfang Deutschlands Hilfsquellen von jetzt ab für die Finanzierung der Reparationen verwendet werden können. Ferner müßte er fragen, in welcher Weise Deutschland für die Sanierung seiner Finanzlage sorgen müsse. Die Arbeiten der Sachverständigen müßten sich auf die unmittelbare Zukunft beziehen. Die Loyalität der Ruhrbesetzung dürfe nicht in Frage gestellt werden, auch dürften ihre wirtschaftlichen Ergebnisse nicht erörtert werden. Der Ausschuß könnte auch deutsche oder neutrale Zeugen vernehmen, sich nach Berlin begeben usw. Diese Kommission würde wahrscheinlich mindestens zwei Monate tagen. Ferner hätte die Reparationskommission Entscheidungen zu treffen, die nach ihrer Ansicht geboten seien. Die Reparationskommission werde Deutschland Aufschub gewähren können, aber für die fällig gewordenen Zahlungen nicht über das Jahr 1923 hinaus.

*

Ein Abkommen der Farbstoffindustrie mit Frankreich.

Paris, 13. Nov. (Drahtber.) Havas berichtet aus Koblenz: Vertreter der rheinischen Farbstoffindustrie trafen mit einem Delegierten der zuständigen Abteilung der Ingenieurkommission ein Abkommen getroffen, über das unter Mitwirkung der französischen, belgischen und italienischen Sachverständigen in Anwesenheit der englischen Delegierten verhandelt worden sei. In diesem Abkommen verpflichteten sich die Industriellen, die regelmäßigen Lieferungen auf das Reparationskonto gemäß den von der Rheinlandskommission erlassenen Bestimmungen wieder aufzunehmen. Die Industriellen hätten sich damit einverstanden erklärt, daß die Waren beim Verladen in den Fabriken aus von den alliierten Zollbeamten kontrolliert würden.

Einstellung der Einföhrung englischer Reparationsguthscheine.

Berlin, 13. Nov. (Drahtber.) Die Regierung wird in den nächsten Tagen eine Verordnung veröffentlichen, wonach die Einföhrung der Reparationsguthscheine, die in England auf Grund des German Reparations Recovery Acts ausgestellt wurden, ausgesetzt wird. Die Guthscheine aus laufenden Verträgen werden weiterhin eingelöst, wenn sie bis zum 31. März 1924

Der Doktor.

Zeitskizze von Anna Koch (Karlsruhe-Neupf.).

Als Doktor Frank von einer fast einjährigen Auslandsreise zurückkehrte, fand er ein wunderbares Blumenarrangement mit einer Einladung vor. Dieses Willkommen war ihm nicht unangenehm, was sein freudiges Lächeln besagte. Also die Witwe des Gefandten hatte ihn nicht vergessen. Dieses rätselhafte Weib, aus deren Wesen er nie recht klar geworden war. Sie konnte so bestrickend lebenswürdig sein. Ihren Vätern war sie die aufmerksamste Gastgeberin und doch — bisweilen schien sie ihm ein seelenloses Wesen, das seine Herzensarmut geschickt hinter der Form und Maske der Gesellschaft zu verbergen wußte. Es schien so. — Er konnte, ja er glaubte, daß er sich irrte. Am nächsten Abend fand er Frau Edna strahlender als je zuvor. „Für Auf: „Nieder Doktor, haben wir Sie endlich wieder,“ flang ungenügend und aufrichtig. Damen wie Herren umschärmten ihn, seine Weisheitsbrücke zu erfahren, denn er war als guter Erzähler bekannt. Er war geliebt und gefürchtet, dieser Doktor der Psychologie. Er konnte Gedanken lesen. Die Handlinie war ihm ein aufgeschlagenes Buch. Kurz, in seiner Gesellschaft langweilte man sich nie, obgleich er den Damen und Herren Kraft seiner Kunst manchmal übel mißfiel. Man konnte ihm aber nie gram sein, denn sein Urteil war so ohne alle Bosheit, daß sich niemals jemand beleidigt fühlen konnte. Im Gegenteil, wo Doktor Frank war, war das Lachen und die Freude.

Im Wohnzimmer saßen alle um das Kamin, denn draußen pfliff ein kalter Wind. Frau Edna hatte alle Lampen ausdrehen lassen. Die brennenden Holzstücke verbreiteten Licht und Wärme zugleich und hüllten das hohe und weite Gemach in eine phantastische Beleuchtung, deren Zauber sich niemand entziehen konnte. Manche sahen im Halbdunkel. Ueber manche huschten die Lichter des Feuers gespenstisch hin und her. Frau Ednas rotes Kleid veränderte sich in

vorgeleat werden. Doch erfolgt die Einlösung im allgemeinen nicht mehr in bar, sondern gegen auf Goldmark laufende Schatzanweisungen.

Das Schicksal des Rhein-Ruhrgebietes.

Vor hochbedeutsamen Beschlüssen.

Berlin, 13. Nov. (Drahtber.) Der Reichskanzler hat heute den über Ausschuss der besetzten Gebiete empfangen, um mit ihm über die Lage im Rheinland und im Ruhrgebiet zu beraten. Um 1/6 Uhr sind die Parteiführer zu Dr. Stresemann gebeten worden, der sie von dem Ergebnis der Beratungen mit dem über Ausschuss unterrichtete. Bereits gestern beschäftigte sich das Kabinett in mehrstündiger Sitzung mit den heute zu erörternden Fragen.

Wie das Blatt der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ berichtet, habe die Besprechung mit den Vertretern der Länder und des besetzten Gebietes heute vormittag 11 Uhr in der Reichskanzlei begonnen. Die Besprechung ist notwendig geworden durch die Finanzlage des Reiches und durch die Weigerung der französischen und belgischen Besatzungsbehörden, das Wirtschaftsleben in den besetzten Gebieten wieder in Gang zu bringen.

Das Blatt glaubt, daß Beschlüsse sowohl von wirtschaftlich als auch von politisch größter Bedeutung gefaßt werden.

Die Fraktion des Zentrums beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung eingehend mit der rheinisch-westfälischen Frage und wird darüber morgen weiter beraten.

Den Verhandlungen des Fünfzehner-Ausschusses der besetzten Gebiete wird in politischen Kreisen größte Wichtigkeit beigemessen.

In den letzten Abendstunden werden sich die einzelnen Fraktionen mit dem Ergebnis der Besprechung dieses Ausschusses beschäftigen.

Es wird mit wichtigen Entscheidungen in der rheinisch-westfälischen Frage zu rechnen sein.

Auch der Fraktionsvorstand der Demokratischen Partei trat heute nachmittags zu einer verteilten Sitzung zusammen.

Die Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen. Paris, 13. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind die Verhandlungen mit der rheinisch-westfälischen Industrie gestern am Sitz der Ingenieurkommission wieder aufgenommen worden.

Warum sitzen tausende von Rheinländern und Westfalen im Gefängnis?

Weil sie sich in den Dienst dieses heillosen Kampfes des deutschen Volkes um seinen Rhein, sein Industriegebiet und die Freiheit der Arbeit stellen.

Hätte ein Staatsbürger jeder anderen Nation, der nicht zum Verräter an seinem Volke werden wollte, anders gehandelt? Nein!

Deshalb heraus mit den Gefangenen!

Die Lage in der Pfalz.

Kaiserlautern, 13. Nov. Die Lage in Kaiserlautern ist unverständlich ruhig. Die Stadtverwaltung hat den Separatisten, die das Stadthaus besetzt hielten, erklärt, daß sie die Arbeiten nur wieder aufnehmen werde, wenn das Stadthaus geräumt werde. Daraufhin haben die Separatisten das Stadthaus geräumt und die Stadtverwaltung hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Speyer, 13. Nov. Die Lage ist hier unverändert, ebenso die Haltung der Bevölkerung. In den Nachmittagsstunden wurde zur Verhütung von Ansammlungen in den Nebenstraßen der Hauptstraße, die nach wie vor durch französische Posten abgeperrt ist, die Menge durch berittene französische Gendarmerie auseinandergetrieben.

Die Sonderbündler haben an die Beamten der Pfalz ein Ultimatum gerichtet, wonach jeder Beamte, der sich nicht schriftlich verpflichtet, unter ihnen weiter zu arbeiten, ausgewiesen werden soll. Regierungsrat Kowal wurde vorgelesen festgenommen und am Montag ausgewiesen.

Der Ludwigshafener Oberbürgermeister verhaftet.

Ludwigshafen, 13. Nov. Heute morgen wurde durch einen französischen Kriminalbeamten der Oberbürgermeister Dr. Weis verhaftet und nach Landau verbracht. Die Verhaftungsgründe sind noch nicht bekannt geworden.

Die Geldmacherei der Separatisten.

Bad Ems, 13. Nov. Am 27. Oktober kamen die Separatisten hierher und rissen die Nacht an sich. Sie besetzten sofort die Druckerei der „Emsler Zeitung“. Die darauf folgenden Tage und Nächte wurden Tausende von Millionen Notgeld gedruckt. Die Arbeiter wurden gezwungen, unter Bewachung zu arbeiten und wurden mit dem gefälschten Separatistengeld bezahlt. Führer der Emsler Bewegung sind die gerächtigen Gebrüder Kaffina. Die Geschäftslente wurden unter Bedrohung mit der Waffe gezwungen, das Geld anzunehmen, das jeder Separatist in Billionen bei sich hatte. So wurden die Geschäfte teilweise anderverkauft und die Inhaber waren nicht in der Lage, mit dem gefälschten Geld neue Ware zu kaufen. Die sogenannten „Führer“ wie die Leute des „Rheinlandbundes“ überboten sich gegenseitig im Stehlen des Geldes, da weder beim Druck noch bei der Uebernahme des Geldes eine Kontrolle ausgeübt wurde. Tag und Nacht sind Posten im Druckereigebäude, die die Arbeiter bei Arbeitsverweigerung sofort mit der Kettenschere bedrohten. Auch die Banken und die Post wurden gezwungen, das Geld anzunehmen, das auch in großen Mengen nach Wiesbaden, Koblenz usw. gebracht wird. Der separatistische Landrat von Montabaur, Vize, der am 23. Juli aus dem Gefängnis entlassen worden war, beschlagnahmte in Montabaur für ungefähr 500 Millionen unnummeriertes Geld, das in der Druckerei in Ems mit Nummern versehen wurde. Er selbst nummerierte für sich selbst mit einem Handnummerierapparat große Mengen des Montabaurer Geldes.

Aus dem Offenburger Gebiet.

Karlruhe, 13. Nov. Das Eisenbahnpersonal des besetzten Offenburger Gebietes wurde durch die französische Behörde (General Michel) aufgefordert, sich einzeln unter Benutzung der von der Regie aufgestellten Formblätter zur Dienstaufnahme zu melden. Die Formblätter, die im übrigen dem anderwärts verwendeten Inhalt entsprechen, enthalten folgenden weiteren Zusatz:

„Er erklärt, niemals bei einer Gewerkschaft in führender Stellung gewesen zu sein noch jemals in irgend einer Form Handlungen begangen zu haben, die gegen das Interesse der alliierten Zivil- und Militärbehörden, insbesondere gegen das Interesse der Regie verstoßen.“

Derartige Bedingungen, von lokalen Organen gestellt, sind nicht dazu angetan, die Wiederaufnahme des Verkehrslebens zu fördern und der Zusammenarbeit der Deutschen mit der französischen Regie zu dienen. Von deutscher Seite darf erwartet werden, daß solche überflüssigen und lediglich verbitternden Bedingungen die Zustimmung der zuständigen Stellen, mit denen in Düsseldorf und Mainz über den Wiederaufbau des Verkehrslebens im besetzten Gebiet verhandelt wird, nicht finden und beseitigt werden.

Das amtliche England für Erhaltung der deutschen Reichseinheit.

London, 13. Nov. Bei der englischen Regierung fand dieser Tage ein offizieller Empfang der Abordnung der Völkervereinigung statt. Bei dieser Gelegenheit gaben Ministerpräsident Baldwin und der Minister des

Außen, Lord Curzon, wichtige Erklärungen über die englische Europapolitik ab. Der englische Minister des Auswärtigen erklärte u. a. — wie von amtlicher Seite berichtet wird —:

Was die separatistische Bewegung im Rheinland betreffe, so sei die Haltung der britischen Regierung in unmissverständlicher Weise klar gemacht worden. Sie sehe die Auflösung Deutschlands als einen tödlichen Schlag für die Erholung Europas an. Die separatistische Bewegung sei durch und durch eine schlechte Bewegung, nicht nur, weil sie in ihrem Ursprung und in ihren angeblichen Ausgebungen künstlich und in hohem Maße für anderweitige und eigennützige Zwecke angezettelt sei, sondern weil die Aussichten auf Reparationen, wenn der Friedensvertrag verweigert würde, zerstört würden. Die Regierung habe daher die Verbündeten ersucht, die separatistische Bewegung in keiner Weise zu ermutigen. Wenn alle Mächte erzwungen werden könnten, eine ebenso energische Haltung einzunehmen, wie Großbritannien, so würde die separatistische Bewegung zusammenbrechen. Die englische Ansicht sei, daß die verschiedenen Teile des Deutschen Reiches Teile eines einzigen Ganzen bleiben sollten, mit dem man sich als Einheit befassen könne.

Eine wirtschaftliche Erholung Europas könne niemals erreicht werden ohne Hilfe und Mitwirkung der Vereinigten Staaten. Die Anstrengungen der englischen Regierung seien von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde auf die Verwirklichung einer amerikanischen Mitwirkung gerichtet.

Die Reichskonferenz des britischen Weltreiches, die kürzlich in London tagte, und an der die Ministerpräsidenten der großen englischen Kolonialländer teilgenommen haben, äußerte ihre Ansicht über die Politik gegenüber Deutschland in folgenden Sätzen einer Entschliessung:

Die Konferenz sei nach sorgfältiger Erwägung zu der Ansicht gekommen, daß die europäische Lage nur entwirrt werden könne, wenn die Vereinigten Staaten daran mitarbeiten und daß das Scheitern des Planes einer gemeinsamen Unternehmung, auf die eine allgemeine Aktion zu folgen hätte, sowohl dem dauernden Frieden, wie der wirtschaftlichen Erholung der Welt abträglich sei. Die Konferenz sei der Ansicht, daß die britische Regierung sehr sorgfältig die Alternative erwägen müßte, selbst eine Konferenz einzuberufen und das wirtschaftliche und finanzielle Problem in seinen weitestgehenden Auswirkungen zu untersuchen. Die Konferenz betrachte jede Politik, die zu einem Bruch der Einheit des Deutschen Reiches führen würde, als unvereinbar mit den Vertragsverpflichtungen, die sowohl Deutschland wie auch die Mächte eingegangen seien, und als unvereinbar mit der zukünftigen Erfüllung seiner Bestimmungen durch Deutschland. Die schärfsten Vorstellungen wurden demgemäß den Alliierten gegenüber erhoben.

Parlamentsauflösung in England.

London, 13. Nov. (Drahtber.) Die Blätter melden übereinstimmend, daß die Auflösung des Parlaments noch im Laufe dieser Woche erfolgen werde und daß die Neuwahlen in der ersten Dezemberwoche stattfinden werden.

Einigung der englischen Liberalen.

London, 13. Nov. (Drahtber.) Asquith und Lloyd George haben sich heute in einer Besprechung über einen gemeinsamen Wahlslogan verständigt.

hat mir alle Rästel in Ihrer Hand, wie in Ihrem Wesen entsfällt. Sie schlachten, daß ich mich Ihnen auf immer empfehle. Gute Nacht.“

Herbstfröhen in Graz.

Ende Oktober 1923.

Es ist furchtbar heiß. Ich sitze auf dem Balkon in der Sonne und das Thermometer neben mir an der Wand zeigt 31 Grad Reaumur.

Man wird ganz irre an der Jahreszeit. Ich meine immer, es ist Frühling und wird bald Sommer, aber die Kastaniendäume vor dem Haus wissen es besser. Einer ist noch grün, aber die anderen leuchten in einem unangenehm starken, warmen Dazergelb. Im Zimmer ist über alles ein goldenes Licht vom Witterstein gebreitet.

Vor einigen Wochen bin ich aus meinem deutschen Vaterlande hierher nach Graz zurückgekehrt. Es währte lange, bis ich mich von den niederdringenden Eindrücken freimachen konnte. Ich hatte mich so sehr auf Deutschland gefreut. Es war auch schön, aber von Woche zu Woche stieg die Sehnsucht nach Ruhe und der neuen Heimat. Auch in meinem Kopf schwirrten lauter Klänge durcheinander, und wenn ich den Mund aufst, kamen immerzu riesenartige Reden heraus.

Als der Gepäckträger in Salzburg 3000 Kronen von mir verlangte, genau so viel wie sechs Wochen vorher, war es, als ob ich aus einem furchtbar unheimlichen Traum erwachte.

Ich weiß, in Deutschland hält man nicht viel von der Sanierung Österreichs. Man unkt dort, daß es hier noch viel schlimmer werden wird, wenn erst die Verjüngung der Völkervereinigung beginnt. Der Dörfleiner verachtet sich dieser Wirklichkeit nicht, aber er spricht nicht davon. Er genießt bemerkt das Gleichbleiben der Preise.

Nun von einem Sonntagsausflug. Er ging nicht wie gewöhnlich nach Norden ins Gebirge, sondern — zum ersten Male für mich — nach

Süden über Leibnitz hinaus in die Weinärten von Südtirol.

Von Ebenhausen aus zogen wir in das sonnige, wunderliche Hügelgelände hinein, und nach einer halbständigen Wanderung frug ich bescheiden: „Wann kommen wir dann in die Weinberge?“ Da wurde ich herlich verläßt. Wir waren schon mitten darin. Wohl sah ich schon vorher kleinere und größere Hügel mit Wein bebaut, darunter kleine Wiesen, Äben- und Kufensfelder. Ich aber hatte an große Terrassen angelegt, wie wir sie am Rhein haben, und Weinärten, das ist der Unterschied. Bald klopften wir an einem Bauernhause an und bekamen die Erlaubnis, uns gegen geringe Bezahlung nach Herzenslust mit herrlich süßen, gelben und blauen Trauben zu stärken.

Eineinhalb Stunden weiter lehrten wir auf einer Höhe in einem kleinen Gasthof zu einfachem Mittagessen ein, luden den Schatten vor dem Häuschen ein und genossen den herrlichen Blick über die herbstbunten Hügel bis in die Ebene von Siefeld. Nur eine kleine Enttäuschung blühte uns: es gab keinen Wein. Was für ein Mist! Das mußte weggemacht werden. Blödsinnig wollten wir ein Maß Wein kaufen, und da man bekanntlich nichts kauft, ohne die Ware zu prüfen, mußten wir im Keller aus diesem und jenem Maß kochen, den jungen Most und den fittameren Wein.

Nach actaner Arbeit strecken wir uns in die Sonne und schlafen unter dem eigenartigen Singen Klang der Windflapper (Clapotea) ein. Der Näheres über die Windflapper, dem Holzarad mit Klappeln, das hoch im Baum an einer langen Stange Voelckerskendiens verrichtet, wissen wir, muß Rudolf Hans Parfisch lesen. Er spricht so gern und liebevoll von ihr.

Nach der Nacht führte uns der schmale Weg immer durch Weinärten. Die Verdunnung war zu groß; wir blieben am Raschen, kauften uns noch einen Ruckel voll Rüsse und machten Trauben- und Kultur, bis sich am Sonntagmorgen schon leichte, aber bedenkliche Wolken zeigten.

Kahr über sein Vorgehen gegen Hitler.

Das Vorgehen des Generalkommandanten v. Kahr gegen Hitler findet in München starken Widerpruch. Am Samstagabend hat Kahr Vertreter der Presse empfangen und hat ihnen gegenüber seine Haltung begründet und gerechtfertigt. Er führte u. a. aus:

Ich hatte zwei Tage vor der Versammlung, die durch Hitlers Ueberfall gestört wurde, eine eingehende vertrauensvolle Aussprache mit allen Vertretern und Führern der bayerischen Vaterländischen Verbände; auch Hitler und der militärische Führer des Kampfbundes waren anwesend. In dieser Unterredung ist den Herren, die alle ungeliebte Pläne verfolgten, die Lage dargelegt worden. Ich habe den Herren in aller Deutlichkeit gesagt, daß es ein Verbrechen wäre, wenn man die Reichswehr und die Volksgewehr in die Notwendigkeit versetzen würde, bei Auflehnung gegen die Staatsautorität gegen Vaterländische Verbände und Kreise mit der Waffe vorzugehen.

Ich kann nur sagen, in dem Augenblick, als Hitler an der Spitze seiner bewaffneten Mannschaft einrückte, hatte ich nur das eine Gefühl: daß nun all das, was für das gemeinsame große deutsche nationale Ziel vorbereitet und geübt war, vollständig zertrümmert werde. Die Versittlichen Hitlers und seiner bewaffneten Leute konnten auf mich, Herrn v. Lossow und Herrn v. Seißer, keinen Eindruck machen. Wir standen nur unter dem ungeheuren Druck der Verantwortung nicht nur um Bayern, sondern auch um die großen Interessen Deutschlands. Dem gegenüber konnte die Vikolenkomödie eine nicht einschüchtern. Aber die Sorge um die katastrophalen Folgen, mit denen zu rechnen war, bewegte uns aufs Tiefste. Ich habe das auch Hitler gegenüber — ebenso wie die beiden anderen Herren — zum Ausdruck gebracht.

Uns dreien, die wir in diesem Moment vor das Schicksal des bayerischen und deutschen Volkes gestellt wurden, war völlig klar, daß die von Hitler und Ludendorff unter Mitwirkung von Führern eingeleitete Unternehmung in wenigen Tagen vollständig in sich zusammenbrechen mußte — politisch und wirtschaftlich! — Ich wußte auf Grund meiner vorausgegangenen, weitgehenden und eingehenden Erfundigungen, daß bei allen maßgebenden Verbänden die Dinge nicht so liegen, wie es sich die Herren vorgestellt haben. Ich wußte auch, daß Ludendorff in Norddeutschland von einem großen Teil der vaterländischen Kreise abgelehnt wird, schon wegen der außenpolitischen Wirkung, und daß Hitler in Norddeutschland einen kaum nennenswerten Anklang besitzt und fast einhellig abgelehnt, ja direkt bekämpft wird. Es war auch bekannt, daß in norddeutschen vaterländischen Kreisen über die Führer und über die Wege noch große Uneinigkeit herrscht.

Unter diesem schweren Druck vaterländischer Verantwortung haben wir drei Männer in der gegebenen Situation sofort unseren Entschluß gefaßt. Es war mir, wie den Herren v. Lossow und v. Seißer, klar, daß, wenn wir nicht sofort auf die Forderungen Hitlers eingehen, und wir fest geschlossen wären, wir keine Freiheit des Handelns erlangt hätten, die allein noch erzwungenermaßen, das schwerste Unglück zu vermeiden.

Die Folgen wären u. a. gewesen, daß Reichswehr und Landespolizei sowie weite Kreise vaterländisch gesinnter Männer und Frauen vollständig directionslos den Aufrufen und Proklamationen Hitlers ausgeliefert gewesen wären und daß dann das Unglück des unaussprechlichen Marzsch auf Berlin in blind vor sich gegangen wäre. Dieser Marzsch nach Berlin wäre so ziemlich an der bairischen Grenze erledigt gewesen, denn all das, was geplant war, auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete — von der Außenpolitik will ich gar nicht reden — war so ungeheuerlich, daß es in kürzester Frist in sich zusammenbrechen mußte.

Darüber konnten natürlich die weiten Kreise im Saale keine Ahnung haben. Sie konnten nicht wissen, welche schweren inneren Kämpfe wir zu bestehen hatten.

Wir hatten in dieser Zeit nur noch die eine Möglichkeit, unsere persönliche Ehre, die letzte Reserve, die wir noch hatten, zu Ruh und Frommen des Vaterlandes einzusetzen. Wir haben auf unsere Ehre geachtet und Sie können sich denken, daß uns dieser Schritt schwer und bitter hart geworden ist. Aber das Staatswohl geht uns auch über den persönlichen Ruf und wer heute als deutscher Mann nicht fähig ist, alles, nicht nur das bürgerliche Leben und Vermögen, sondern auch seine Ehre einzusetzen für das Vaterland, der verkennt eben seine Pflichten für das Volk.

Das waren unsere Motive. Ich weiß, was meine Person anlangt, daß ich all das, was ich an Begeisterung und Jubeln erfahren durfte, vollständig verzehrt habe. Aber nicht das Hofanna ist es, was man anstreben soll, denn es folgt eben heute das Kreuzigt ihn!

Die Toten des Münchner Putsch.

München, 13. Nov. Die Zahl der Toten des Zusammenstoßes am letzten Freitag hat sich dadurch, daß einer der Schwerverletzten am Samstag in der Klinik starb, auf neunzehn erhöht. Der Rat am Obersten Landesgericht v. d. Forstner, der nach dem Zusammenstoß tot aufgefunden wurde, ist einem Schlaganfall erlegen. Es wird festgestellt, daß der bei dem Zusammenstoß gefallene Polizeihauptmann zuerst vorgefahren sei und erschüttert habe, nicht zu schießen. Im nächsten Augenblick sei er von einem Revolver, der von einem der Hitlerleute abgegeben worden sei, in den Kopf getroffen, umgefallen. Ein Oberwachmeister habe einen schweren Bauchschuß erhalten. Dann erst sei die Landespolizei vorgegangen.

Hitlers Verhaftung bestätigt.

München, 13. Nov. Wie in der „Bayerischen Staatszeitung“ amtlich mitgeteilt wird, bestätigt es sich, daß der Führer der Nationalsozialisten Hitler am Sonntagabend in einer Villa zu Uffing verhaftet worden ist. Wie hier zu erfahren war, erfolgte die Verhaftung durch die Landespolizei in der Villa Gauffeng 1. Sodann wurde Hitler unter Bewachung von Uffing abtransportiert.

Um den ehemaligen Kronprinzen.

Die Meinung Englands.

London, 13. Nov. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die Rückkehr des vormaligen deutschen Kronprinzen nach Deutschland habe ansehnlich in unterrichteten Kreisen in London wenig Beunruhigung hervorgerufen. Die deutsche Regierung hätte ihn nicht nach Deutschland zurückgelassen, wenn sie Grund zu der Annahme gehabt hätte, daß er Schwierigkeiten hervorrufen werde. Streikeman habe sich entschlossen, seine Autorität aufrecht zu erhalten, und wenn er den ehemaligen Kronprinzen habe zurückkehren lassen, so sei es sicher nicht deshalb geschehen, um einen Sammelplatz für einen monarchischen Putsch zu schaffen. Die Frage bleibe bestehen, ob sich die britische Regierung den Alliierten bei der Forderung nach Auslieferung des ehemaligen Kronprinzen als Arraschuldigen anschließen werde. Wenn die Deutschen ihn annehmen wollten, so würden sie ihn mäßigweise damit zum Nationalheros machen. Die Völkervereinigung werde vielleicht einen Protest erheben, doch werde die Angelegenheit dann fallen gelassen werden.

Nach der Meldung eines gut informierten Nachrichtenbüros besteht Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung übereinstimmt, daß es dem vormaligen deutschen Kronprinzen freistehe, Holland zu verlassen. Man sei der Meinung, daß die Abreise des Kronprinzen nach Deutschland keinen Bruch des Versailler Vertrags bedeute.

Paris, 13. Nov. Der diplomatische Berichterstatter der „Gazette de Paris“ schreibt, die englische Regierung durch ihren Botschafter in Paris habe wissen lassen, sie sei der Ansicht, daß die Frage der Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen nach Deutschland nicht von der Botschafterkonferenz zu behandeln sei, sondern auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege.

Gerüchte über Heimkehrpläne des Kaisers.

Paris, 13. Nov. Das Brüsseler Blatt „Soir“ will aus sehr guter Quelle erfahren haben, der ehemalige deutsche Kaiser habe gestern einen Paß zur Rückkehr nach Deutschland erhalten. Ein großer Paß habe gestern über die Haltung festgestellt, die der Kaiser angesichts der politischen Lage und der Ereignisse in Deutschland einnehmen werde. Der „Matin“ hat auf telephonischen Anruf die Nachricht erhalten, daß in amtlichen Kreisen von dieser Nachricht nichts bekannt ist, doch sei ihm mitgeteilt worden, es sei gestern vormittag von Berlin ein Paß in Amsterdam eingetroffen, der die eventuelle Rückkehr des Kaisers gestatte. Nachmittags 4 Uhr habe auch der Generalsekretär des holländischen Auswärtigen Amtes eine halbseitige Unterredung mit dem Kaiser gehabt.

Nach einer Havasmeldung aus Brüssel veröffentlicht das Blatt „Gazette de Paris“ folgende Information, die von der Agentur Havas mit Vorbehalt wiedergegeben wird: Wir erfahren aus im allgemeinen gut unterrichteter Quelle, daß der Kaiser seinen Paß zur Rückkehr nach Deutschland erhalten hat. Gestern hat in Doorn eine wichtige Konferenz stattgefunden über die Haltung, die der Kaiser einnehmen soll.

Berlin, 13. Nov. W.F.B. meldet: Die Nachricht ausländischer Blätter, daß dem früheren Kaiser ein Paß zur Rückkehr nach Deutschland ausgestellt worden sei, ist unwahr.

Blutiger Zusammenstoß in Schweningen.

Schweningen, 13. Nov. Das süddeutsche Korrespondenzbüro meldet: Von ankündiger Seite wird mitgeteilt: In Schweningen hatten Beamte des Landeskriminalpolizeiamtes im Anschluß an den vor einiger Zeit gemeldeten Diebstahl eines Maschinengewehrs durch Kommunisten eine Untersuchung über das Bestehen einer unerlaubten politischen Kampfgesellschaft zu führen und einige kommunistische Führer in Schutzhaft zu nehmen. Da von vornherein mit dem Widerstand eines Teiles der radikalen Arbeiterchaft zu rechnen war, wurde den Kriminalbeamten eine größere Abteilung staatlicher Schutzpolizei beigegeben, die heute nacht in Schweningen eintraf. Im Verlaufe des heutigen Vormittags kam es bereits zu einem blutigen Zusammenstoß mit Demonstranten. Polizeibeamte, die eine Festnahme in der Firma Kienzle durchzuführen hatten, wurden von einer mehr als hundertköpfigen Menge bedroht, so daß die Schutzpolizei zur Hilfe gerufen werden mußte. Auch die Schutzpolizei wurde von der vorstehenden Menge zunächst zurückgedrängt. Erst als weitere Verstärkungen herangerückt waren, gelang es, die Masse zurückzudrängen. Dabei mußten wiederholt Maschinengewehre in Stellung gebracht und zum Schuß fertig gemacht werden, ehe die Demonstranten zurückwichen. Schließlich geriet eine Polierung von 8 Polizeibeamten in große Bedrängnis. Eine etwa 100 Köpfige und äußerst erregte Menge hatte sich um sie gesammelt. Obwohl die Demonstranten mehrmals durch Hornsignale zum Auseinandergehen aufgefordert und der Gebrauch der Schusswaffe angedroht worden war, wurden die Polizisten mit Steinen bombardiert. Schließlich gab die Polizei, um sich aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien, eine Salve ab. Dabei wurde der Arbeiter Johann Hardegger aus Gölsdorf getötet und ein kommunistischer Gemeinderat verwundet. Außerdem sollen noch 4 bis 5 weitere Personen verletzt sein. Unter den Demonstranten befanden sich in vorderster Reihe auch Frauen, vereinzelt mit Kindern, die hinter den Männern an Beschimpfungen der Polizei nicht zurückblieben.

Theater und Musik

Eine neue Oper von Richard Strauß. Soeben hat Richard Strauß ein ganz neues Werk in Angriff genommen. Es ist eine Oper, zu der ihm wieder Hofmannthal das Buch schreibt, ein humoristisches, witziges Werk, wie der Komponist selber andeutet. Der Stoff zu dieser neuesten Oper ist der griechischen Götterwelt entlehnt.

Robert Bobanitz, einer der erfolgreichsten Wiener Operettenlibrettisten, ist dieser Tage, 47 Jahre alt, gestorben. Mit dem Buche zu Kalman's „Derbarmherzig“ begann er, schrieb gemeinsam mit Willner und anderen die Texte zu Lehars „Graf von Luxemburg“, „Zigeunerliebe“, „Eva“, zur „Ballnacht“ von Oscar Strauß u. a. Die meisten der Operetten, zu denen er die Texte geliefert hatte, haben ihren Weg durch die Welt gemacht, woran allerdings mehr die Musik von Lehars, Strauß usw. schuld war.

Eine Esperanto-Aufführung der „Frohgenie“ in Wien. Der Ausschuss des vorbereitenden Komitees für den 16. Esperanto-Kongress, der im Herbst 1924 in Wien tagen wird, kündigt für die Zeit des Kongresses eine Esperanto-Aufführung der „Frohgenie“ in der Originalübersetzung des Erfinders der Esperantosprache, Dr. Zamenhof, an. Schon im Jahre 1900 wurde dieses Stück in der gleichen Uebersetzung in Dresden aufgeführt und damals als ein unerhörtes Wagner bezeichnet.

Kunst und Wissenschaft

Ehrendoktoren der Theologie. Anlässlich des 900jährigen Jubiläums der Heiligensprechung des Bischofs Konrad von Konstanz, das in diesem Monate beantragen wird, hat die theologische Fakultät der Universität Freiburg den Domkapitular Fridolin Weiß, den Stadtpfarrer August

Heinrich Stumpf in Karlsruhe und P. Anselm Maurer in Beuron zu Ehrendoktoren der Theologie ernannt.

Prof. Dr. Eberhard Gothein gestorben. Der bekannte Volkswirtschaftler Geh. Hofrat und Universitätsprofessor Dr. Eberhard Gothein ist in Dahlen bei Berlin an der Grippe gestorben. Der Verstorbene erregte sich sowohl als Wissenschaftler, Politiker sowie auch als Wirtschaft- und Sozialpolitiker stets eines hohen Rufes.

Deutsche Porträts des Papstes. Paphi Vius XI. hat in letzter Zeit mehreren deutschen Künstlern zu Bildnisaufnahmen gelassen. Nachdem der Berliner Maler Professor Ernst Heilmann den Papst gemalt hatte, gewährte er neuerdings dem Münchener Bildhauer Prof. Theodor Georgi eine Bildnis-Sitzung. Georgi hat eine Büste des Papstes geschaffen und auch den neuen deutschen Kardinal Erle, den früheren Präfekten der Vatikanischen Bibliothek porträtiert.

Zeitschriftenchau.

Die Monatschrift „Der neue Merkur“ (Herausgeber Efraim Frisch), die im Frühjahr ihr Erscheinen unterbrochen hatte, erscheint seit dem 1. Oktober in erweiterterem Umfang bei der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin. Das vorliegende 1. Heft des 7. Jahrganges zeigt die Zeitschrift auf der Höhe ihrer Aufgabe, die sie entworfen wieder aufnimmt. Angesichts der geistigen Krisis, von der Europa ergriffen ist, geben die „Fragmente über Europa“ von Ferdinand von einem aufschlußreichen Beitrag zur Klärung dessen, was das Wesen Europas ausmacht. In Emil Fretterius' klar aussehender Darstellung der „Qualität künstlerischer Gehaltung“ nimmt ein bildender Künstler aus dem Schaffen heraus das Wort und bereichert die von Wölfflin inaugurierte Unterscheidung der offenen und geschlossenen Form bedeutende Einsichten in das Verhalten der Bildwerke zum Objekt der Kunst. Wilhelm Michel nimmt den gewaltigen inneren Kampf Tolstois

nistischer Gemeinderat verwundet. Außerdem sollen noch 4 bis 5 weitere Personen verletzt sein. Unter den Demonstranten befanden sich in vorderster Reihe auch Frauen, vereinzelt mit Kindern, die hinter den Männern an Beschimpfungen der Polizei nicht zurückblieben.

Deutsches Reich

Die Reichsregierung nicht für Einberufung des Reichstages.

Berlin, 13. Nov. Zu der Forderung der Sozialdemokraten auf Einberufung des Reichstages hört die „Deutsche“, daß die Reichsregierung angelehnt der angeklärten Lage in Bayern es für inopportun hält, den Reichstag gegenwärtig einzuberufen.

Im Reichstag tagte heute der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion, und beriet über einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages. Die Sozialdemokraten haben den Wunsch, daß der Reichstag alsbald die politische Lage erörtern kann. Der Fraktionsvortrag kam noch nicht zu einem endgültigen Entschluß. Es soll vielmehr über die Modalitäten der Einberufung noch mit dem Reichsfanzler weiter verhandelt werden.

Die Geschäftspolitik der Reichsbahn.

Berlin, 12. Nov. (Drahtber.) Reichsverkehrsminister Deier entwickelte vor den Präsidenten der Reichsbahnabteilungen sein Finanz- und Wirtschaftsprogramm. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit müsse allen anderen Erwägungen vorangehen. Die finanziellen Zuschüsse durch das Reich müssen wegfallen, wenn wieder geregelte Verhältnisse im Reichsbahnsystem eintreten sollen. Die Erfahrungen der Privatwirtschaft sollen in der Reichsverkehrsverwaltung angewendet werden, eine Dezentralisation der Verwaltung werde vorbereitet.

Der Streik im Berliner Buchdruckgewerbe.

Berlin, 13. Nov. Der Streik im Berliner Buchdruckgewerbe geht weiter. In den neuen, vom Reichsarbeitsministerium anberaumten Verhandlungen waren die Arbeitgeber nicht erschienen mit der Begründung, daß der Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums keine geeignete Verhandlungsgrundlage biete.

Berlin, 13. Nov. In der Reichsdruckerei wurden bereits einige hundert Mann der technischen Rothilfe eingesetzt, um die Herstellung der Rentenmark sicher zu stellen. Ferner hat die Reichsdruckerei einen Aufruf an die Arbeiterschaft erlassen, von dem sie hofft, daß in kurzer Zeit sich viele Arbeiter im Betrieb einfänden werden.

Das Elend der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 13. Nov. (Drahtber.) W.F.B. meldet: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat infolge der Abspeicherung der Rhein- und Ruhrgebiete durch die Franzosen einen nie gekannten Grad erreicht. Allein im besetzten rheinischen Gebiet sind 2 Millionen Arbeitslose. Rechnet man die Kurzarbeiter und Familienangehörigen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hinzu, so ist damit die Hälfte der Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Auch im unbesetzten Gebiet machen sich die Rückwirkungen der Besetzung mehr und mehr geltend. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen beträgt hier bereits über 700 000, die der unterstützten Kurzarbeiter mehr als 1 1/2 Millionen. Hierzu kommen noch zahlreiche Erwerbslose und Kurzarbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen eine Unterstützung nicht erhalten können. Diese Zahlen werden ergänzt durch eine Statistik der Arbeiterjahreslöhne. Bereits seit Septemberende waren 10 Prozent ihrer Mitglieder erwerbslos und 40 Prozent in Kurzarbeit. In einzelnen Verbänden zählt die Arbeitslosigkeit bis zu 30 Prozent, die der Kurzarbeiter 75 Prozent der Mitglieder.

Die Not ist umso größer, als die finanzielle Lage Deutschlands der Unterstützungsmöglichkeit enge Grenzen zieht.

zum Anlaß, um an dieser großen letzten Entscheidung die Unterwürigkeit der russischen Entscheidung im Gegenatz zur europäischen aufzuweisen. Der Aufsatz „Zur deutschen Situation“ von einem Süddeutschen bildet gleichsam den starken Stamm des ganzen Festes. Hier wird in einer umfassen den glänzenden historischen Untersuchung gezeigt, daß die konstitutiven Elemente der ganzen deutschen Vergangenheit Deutschland notwendig auf eine kontinentale Politik verweisen. Von da aus ergeben sich entscheidende Richtlinien für alle aktuellen Probleme der deutschen äußeren und inneren Politik. Otto Fraas prüft das Verhältnis des Einzelnen und seine Einstellung zu den Forderungen des Tages in einem Aufsatz über den „Mithos von morgen“. Josef Fonten, der rheinische Dichter, bringt eine neue Erzählung „Der Glettscher“. Eine Bereicherung bildet die Uebersicht „Aus englischen und amerikanischen Zeitschriften“. Sie soll entsprechen auch auf andere Länder ausgebaut werden.

Wahrheiten.

Gegen Deutschland habe ich vor allem zuerst den Blick gewandt, Zwietsch brauchte ich nicht zu stiften unter ihnen, denn die Einigkeit war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Nebe durfte ich stellen, und sie ließen mir wie ein schmerz Bild selbst hinein. Untereinander haben sie sich erwarmt und glaubten, redlich ihre Pflicht zu tun. Reichstagsläufiger ist kein Volk gewesen und löchlicher sein anderes auf Erden. Keine Lüge ist so groß eronnen worden, der sie nicht in unbegreiflicher Ueberheit Glauben schenkten. Nichts Schandbarer für sie ist vorgegangen, dem sie nicht eine schöne Seite abgewannen.

Die törichte Mißgunst, womit sie sich untereinander angefeindet, habe ich zu meinem Gewinn wohl gefest.

Immer haben sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen ihren Feind gezeigt. Napoleon I.

Der Goldanleihe-Standal und der Kleinhandel.

Man schreibt uns: Als die Reichsschuldenverwaltung unter Vermittlung der Reichsbank vor einigen Wochen zur Ausgabe der wertbeständigen Goldanleihe...

Der Einzelhandel muß dem Großisten und Lieferanten die von ihm bestellte Ware zum Teil nach dem Kurs des dem Zahlungseingang folgenden Tages bezahlen...

Verstärkt wurden diese Zustände, die dem Einzelhandel einerseits eine geordnete Kalkulation unmöglich machen, andererseits aber in ihren Folgewirkungen auch die Konsumenten schwer belasten...

Der einzige Ausweg aus diesen Zuständen, die für den Einzelhandel absolut unhaltbar sind, wäre die Möglichkeit der Anlegung des täglich einlaufenden Geldes in wertbeständigen Zahlungsmitteln...

Einzelhandels ergreift, ist eine Katastrophe unvermeidlich. Man möge sich dieser Gefahr bewußt sein und handeln.

Aus Baden

Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang November 1923.

Nach Mitteilung des Statistischen Landesamts (Statistische Mitteilungen Nr. 10) war die Witterung im Oktober ziemlich unbeständig...

Die frühzeitig untergebrachten Saaten sind bei dem guten Wetter ziemlich gleichmäßig aufgegangen, haben sich bis jetzt recht günstig entwickelt...

Wiesloch, 13. Nov. Am Donnerstag früh wurden von der Wieslocher und Waldorfer Gendarmerie sieben Personen von Waldorf wegen Aufruhrs verhaftet...

Waldorf bei Mannheim, 13. Nov. In Abwesenheit der Eltern spielte das sechsjährige Töchterchen des Tagelöhners Karl Schumacher mit einem dreijährigen Nachbarkinde...

Mannheim, 13. Nov. Am Nachmittag des 13. November, beginnend um 1.45 Uhr, wurden abermals verschiedene Lebensmittelfachäfte in der Neudorf- und Altstadt...

Breisach, 13. Nov. Der 26-jährige ledige Landwirt Anton Vertz aus Derrrotweil verunglückte in der vorigen Woche...

Walenweiler (bei Breisach), 13. Nov. Vor einigen Tagen stürzte der 80-jährige Franz Josef Fleich von hier auf dem Heimwege...

Staufen, 13. Nov. Bei der gestrigen Bürgermeisterversammlung wurde Rechtsanwalt Lederle, der von den Demokraten und Sozialdemokraten als Kandidat aufgestellt worden war...

Zimmendingen, 13. Nov. Der elektrische Stromwart Karl Reeff kam bei Ausbesserungen einem schadhaften Transformator der Starkstromleitung zu nahe und wurde getötet.

Vom Hochblauen, 13. Nov. Der in Touristenkreisen bekannte Blauenwälder Kaver Stehlin ist nach längerer Krankheit im Alter von 82 Jahren gestorben.

Allensbach (bei Konstanz), 13. Nov. Das in der Nähe von Heane gelegene Wohn- und Wohnwirtschaftsgebäude der Landwirte Vater und Müller sind durch Feuer vollständig zerstört worden.

Konstanz, 13. Nov. Anlässlich des 900-jährigen Jubiläums der Heiligensprechung des Bischofs Konrad von Konstanz, das in den Tagen vom 22. bis 25. November hier gefeiert wird...

Konstanz, 13. Nov. In einer in Singen (Hohentwiel) abgehaltenen Besprechung zwischen deutschen und schweizerischen Zoll- und Bahnbehörden wurde die Pass- und Zollkontrolle auf der Strecke Singen-Schaffhausen erörtert.

Aus Nachbarländern

Homburg, 11. Nov. Kürzlich ereignete sich auf der Straße von Erbach nach Jägerburg ein Zusammenstoß zwischen zwei Radfahrern...

Aus dem Stadtkreise

Der Handel mit wertbeständigem Geld.

Unlautere Elemente sind zurzeit an der Arbeit, die vom Reich, vom Staat und der Industrie teilweise mit großen Opfern geschaffenen wertbeständigen Zahlungsmittel zu häutern...

Der Millionergarten.

Roman von Reinhold Drmann.

(Nachdruck verboten)

Daran also dachten Sie, Herr Kommissar, als Sie vorhin davon sprachen, der Täter habe sich möglicherweise schon in der Villa befunden...

Nein, Herr Staatsanwalt. Der Bildhauer behauptet, daß er schon längst wieder in seinem Atelier gewesen sei. Einen Beweis dafür wird er jederzeit erbringen können, es sei denn, daß die Meta Krell in der Lage wäre, seine Angabe zu bestätigen.

„Ist das alles?“

An der Hauptfrage — ja. Zu bedenken bleibt höchstens noch die einigermaßen auffällige Tatsache, daß sich Reimers zwischen zwei und drei Uhr morgens noch nicht zur Ruhe begeben hatte.

„Und heute? Welchen Eindruck gewannen Sie heute von seinem Verhalten?“

„Angesichts dessen. Er äußerte wohl sein tiefes Bedauern über das Schicksal der Frau von Rippler, aber ich hatte nicht die Empfindung, daß ihm dies Bedauern von Herzen käme.“

„Wissen Sie auch, daß er ganz vermögenslos ist?“

„Ich hatte noch nicht Zeit, mich danach zu erkundigen, noch es aber von vornherein an.“

„Es verhält sich in der Tat so. Frau von Rippler hatte ihm das Atelier auf ihrem Grundstück einrichten lassen und es ihm ohne jede Entschädigung eingeräumt.“

„Auch das ist ein Umstand, den man bei der Beurteilung der Sachlage im Auge behalten muß.“

„Warten wir also ab, was der Herr Untersuchungsrichter herausbringt. Sie haben selbstverständlich noch nichts gegen den Bildhauer unternommen?“

„Nichts weiter, als daß ich zwei meiner tüchtigsten Beamten mit seiner Überwachung betraute.“

„Das ist klug gehandelt. Uebrigens hoffe ich, daß Sie sich durch diese, immerhin noch recht schwache Fährte nicht von der Verfolgung etwaiger weiterer Spuren abhalten lassen.“

„Ich möchte mich schlecht auf mein Fach verlassen, wenn ich mich solcher Unterlassungssünden schuldig machen könnte.“

„Es ist ja möglich, daß er Ihnen wertvolle Auskünfte geben kann, als Täter kommt er natürlich nicht in Betracht.“

„Ich werde die Vernehmung des Herrn auch nicht unter diesem Gesichtspunkte vornehmen. Meine Hoffnung ist, von ihm etwas Näheres über das Verhältnis seiner Tante zu dem Bildhauer Reimers zu erfahren.“

„Damit weiß ich nun wohl alles, was Sie selbst bis jetzt in Erfahrung gebracht haben.“

„Aber noch eines! Die verleihte Geldkassette“

dienst wirklich gesichert werden soll. Das Land Baden und auch die Industrie selbst haben sich bemüht, durch Herausgabe wertbeständigen Geldes, das durch Hinterlegung von Goldwerten bei der Reichsbank gesichert ist, der Arbeiterklasse ihren Verdienst zu sichern.

Bom Gepäcktarif. Vom 20. November d. J. an wird der Gepäcktarif der Reichsbahn dadurch ermäßigt, daß er nach dem um 30 Prozent erhöhten Kilogrammvermerk wird.

Reichsbahnnotgeld. Die von der deutschen Reichsbahn zur Behebung der Bargeldmangelnot eingeführten allgemeinen Notgeldscheine werden, wie nochmals hervorgehoben sei, an allen Kassen der deutschen Reichsbahn und Postanstalten als gesetzliches Zahlungsmittel angenommen.

Stenerfrei. In der Woche vom 11. bis 17. November ist für einen Unverheirateten ein Einkommen von 4,8 Billionen Mark steuerfrei.

Vorkauf für Erwerbslose. Der Reichsarbeitsminister hat die Länder ermächtigt, auf die Erwerbslosenunterstützungssätze der laufenden Woche einen Vorkauf in der einfachen Höhe des vorwöchigen Betrages auszahlen zu lassen.

Das beschlagnahmte Vermögen in Amerika. Der stellvertretende amerikanische Botschafter für beschlagnahmte feindliche Vermögen, W. B. Wilson, der sich zurzeit in Berlin aufhält, wird sich diese Woche nach Frankfurt a. M. begeben.

Ein badische Briefmarke von 1851 wurde in diesen Tagen in Paris anlässlich der Reparationsrechnung für 120.000 Franken veräußert.

Das neueste Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 73) enthält u. a. Verordnungen über die Änderung der Regabücherverordnung, über die Ausfertigung des Betriebsstatistikgesetzes, über Kostenerhöhungen in Heil- und Pflegeanstalten und über Gemeindegerichtskosten.

Tödlich verunglückt ist der Werkmeister Karl Ross, der in der Zündhütchenfabrik Genidom in Durlach mit einer geladenen Pistole sich selbst tötete.

Chronik der Vereine. Altsoldatenverein und Fleckab bereiteten am vergangenen Freitagabend den äußerst reichhaltigen und interessanten einen großen Genuß.

heißt Meta Krell. Es ist doch nicht etwa dieselbe, die in dem großen Pächspielerspielmann eine so zweifelhafte Figur als Entlastungsgewinn gemacht hat?

„Ja, es ist dieselbe. Sie war damals als Bardame in dem Lebensrestaurant tätig, wo sich die gefährliche Spieler- und Gaunergesellschaft aufzusammeln pflegte.“

„Für — und der Geschäftskreis des Herrn Dr. Wabelung, der die lawerere Gesellschaft verteidigte.“

„Darauf weiß ich keine andere Antwort, als daß sie sich vielleicht in der Zwischenzeit gebessert hat.“

„Die Absichten sind, wie gesagt, gering. Professor Fönkerger möchte mir so gut wie gar keine Hoffnung. Aber auch ärztliche Autoritäten können sich bekanntlich täuschen.“

(Fortsetzung folgt)

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Die Goldmark

am 13. Nov. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert, 200 500 000 000 Papiermark.

Goldanleihe 840 Milliarden Zuteilung ca. 1/2 Prozent. Dollarschatzanweisungen — Milliarden.

Aufsichtsrat und Treuhand.

Von S. C. Blasia, Mannheim, Syndikus des Rhein-Neckar-Konzerns und „Columbus“. Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse erschweren dem einzelnen Gewerbe- und Handeltreibenden, sich zeitgemäß zu entwickeln. Dies ist auch die Ursache der Zusammenstürze in irgend einer Gesellschaftsform. Die Anforderungen an die Betriebskapitalien sind derartig enorm und instabil, daß der Betrieb nicht in der Lage ist, auch nur für acht Tage festzulegen, heranzuziehen oder aufzugeben. Der einzelne Unternehmer sucht Rettung in der Gesellschaftsform, und da solche ihm in der Hauptsache aus finanziellen Gründen in der Aktienform geboten wird, so wird diese Gesellschaftsform vorgezogen. Die Gründung von A.G. ist deshalb heute an der Tagesordnung, weil Industrie und Handel nur durch den Zusammenschluß in der Lage sind, die gestiegenen und schweren Aufgaben zu lösen. Die Zeit verfliehet aber so rapid weiter, daß die Aktiengesellschaften sich wiederum unter sich vereinigen und sich zu Konzernunternehmen schliessen. Der Kampf der meist aus politischen Gründen gegen die A.G. und Konzerns geführt wird, ist nicht berechtigt und erfolgt in völliger Sachkenntnis; denn ohne Kapital und Organisationskraft kann ein Unternehmen sich niemals entwickeln, andererseits wolle man nicht vergessen, daß die A.G. und Konzernne — Millionen Deutschen Brot geben.

Die A.G. und Konzernne sind die Förderer unseres Exportes, ohne den die deutsche Industrie nicht lebensfähig ist, weil der einzelne Gewerbetreibende nicht die Mittel besitzt, mit der erforderlichen Propaganda der ausländischen Konkurrenz erfolgreich entgegenzutreten. Der Aufsichtsrat ist befähigt als Kontrollorgan bestellt und trägt als solcher die gesetzliche Verantwortung. Die wichtigsten Mitglieder dieses Draußen sind sich der Wichtigkeit und Schwere ihres Amtes völlig bewußt, denn eine große Zahl von Fällen ist bekannt, in denen sich Aufsichtsräte großer Pflichtverletzungen in ihrer Eigenschaft als Kontrollorgan schuldig gemacht haben. Zum großen Teil ist man in den mit der Aufsicht betrauten Kreisen, deren Mitglieder oft tüchtige Finanzleute, Juristen und Ingenieure, aber schlechte Kontrollreue sind, zu verzeichnen, und mancher kennt den Grad seiner Rechte, die Summe seiner Pflichten, das Gewicht seiner Verantwortlichkeit nicht oder unzureichend.

Bedenkt man, daß die Aufsichtsräte, die in der Regel als Kollegium tagen, nur in längeren Perioden zusammenzutreten, meistens nur einmal im Jahre, sehr oft sogar nur ein- bis zweimal jährlich, und zwar einmal zur Annahme der Geschäftsrechnung und das anderemal zur Prüfung der Jahresrechnung abgeben, dann muß man sich fragen, daß ein solches Aufsichtsgremium nicht mehr zeitgemäß ist. Zu einer Zeit, wo fast jede Familie, wenn sie noch über einige Millionen verfügt, am Aktienmarkt spekuliert, ist es Pflicht des Aufsichtsrates, dem Geistes die Macht zu verleihen, neben dem Draußen des Aufsichtsrates die Kontrolle durch Treuhandgesellschaften in mindestens vierwöchentlichen Perioden vornehmen zu lassen. Aufsichtsratsmitglieder, die sich der Verantwortung bewußt sind, würden diese gesetzliche Bestimmung mit Freuden begrüßen. Diese Einrichtung wäre eine große Erleichterung und eine gewisse Sicherheit und wenn die Lasten etwas gelindert wird, um damit die Revisionen zu beschleunigen, dann können die Aktien der Treuhand gar nicht an den Aktien der A.G. Aufsichtsräten, die infolge ihrer Verantwortung wegen mangelnder Kontrolle bei Zusammenstürzen von Aktiengesellschaften ihr Vermögen opfern mußten, sollte dies als Warnung dienen.

Die Bestimmung des § 206 H.G.B. gestattet der Generalversammlung, Revisionen zur Prüfung der Bilanz oder zur Prüfung von Vorständen bei der Gründung oder Geschäftsfortführung zu bestellen, allein der erste Absatz des § 206 ist zu umständlich. Die Generalversammlung kann nur unwirksam sein. Der weitere Teil der Vorschrift trifft nur die Anordnung für ganz bestimmte Fälle, schafft also nur Gelegenheitsrevisionen. Von dieser Bestimmung kann also eine nachhaltige Wirkung nicht erwartet werden. Der § 246 Abs. 1 lautet: „Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen und sich zu dem Zwecke von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten. Er kann jeder Zeit über diese Angelegenheiten Bericht erstatten von dem Vorstände verlangen, selbst aber durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen, sowie den Bestand der Gesellschaftskasse und die Bestände an Wertpapieren und Waren untersuchen. Er hat die Bücherrechnungen, die Bilanzen und die Vorläufe zur Gewinnerzielung zu prüfen und darüber der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Er hat eine Generalversammlung zu berufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist. Die Mitglieder des Aufsichtsrates können die Ausübung ihrer Pflichten nicht anderen übertragen.“ Der Gesetzgeber hat in dieser Bestimmung übrigens nur das Mindestmaß der Pflichten des Aufsichtsrates angedeutet. Der Aufsichtsrat kann jedoch im Gesellschaftsstatut sowohl sei-

nen Pflichtentzweierte wie seine Kompetenzen erweitern. Was in anderen Staaten möglich ist, und seit Jahrzehnten mit bestem Erfolg eingeführt, müßte endlich auch in Deutschland zur Geltung kommen. Es ist lebhaft zu bedauern, daß in Deutschland keine Revisionspflicht im Sinne einer Institution wie in England hat, Fuß gefaßt hat. Das H.G.B. von 1861 kannte keine Revisionspflicht. Man vergesse, daß bei A.G. die Buchführung die Seele des ganzen Geschäftsbetriebes ist. Nur durch eine sachverständige und unabhängige Revision im Rechnungswesen kann eventuell Auswüchsen mit Erfolg entgegengetreten werden. Es ist bedauerlich und verfehlt, daß das Gesetz in Deutschland die Revisionspflicht nur den Erwerb- und Wirtschaftsgesellschaften auferlegt hat. Die Bankstatistiken und Zusammenhänge von A.G. sowie auch die Projekte gegen Vorstände und Aufsichtsräte in den letzten Jahren haben gezeigt, wofür man mit den heutigen Bestimmungen kommt. Auch nicht in einem einzigen Prozeßfall konnte man feststellen, daß der Aufsichtsrat sich bewußt, daß er seine Aufgabe gelöst habe, vielmehr hat er als Kontrollorgan verlagert und seine völlige Ohnmacht attemmäßig feststellen lassen.

Eine wirkliche Kontrolle kann nur von wirtschaftlichen Buchführungsbeamten, d. h. von Revisoren ausgeübt werden, die sich berufsmäßig mit dem Wesen der Buchführung befassen. Nicht lebensfremde, sondern lebensfähige Männer müssen die Revisoren sein. Ohne Zweifel würde ein Verband als Revisionsinstanz im Aktienwesen großes zu leisten imstande sein. Der Aufsichtsrat würde aufhören, als Revisionsorgan eine Rolle zu spielen, die ihm absolut nicht liegt und auch gar nicht liegen kann. Dafür wird er mit um so größerer Energie seine geschäftliche Erfahrung bei der Verwaltung des Unternehmens, für das er verpflichtet ist, nutzbar machen können. Hierbei könnten die Treuhand- und Revisionsgesellschaften den willkommenden Grundstoß abgeben. Das Antritte von chartered accountants in England und die Entwicklung der Accountancy könnte als Vorbild genommen werden.

In der Spitze jeder A.G. steht nach dem englischen Aktienrecht ein Board of Directors. Die Aufsichtsräte sind mit den Vorständen zu verwechseln, wie sie das deutsche Aktienrecht kennt und die in England Manager genannt werden. Der Board of Directors vereint vielmehr in sich Vorstandsbefugnisse und gleichzeitig Rechte eines Aufsichtsrates. In bestimmten Fällen steht über ihm die Generalversammlung der Aktionäre, denen die Revisoren zur Seite gestellt sind. In England sind die A.G. weit verbreitet. Die in Deutschland festgestellten schwereren Gründungsbedingungen und die Normativvorschriften für die Bilanz nach Art. 3 des H.G.B. sind in England nicht bekannt, und darauf dürfte auch die große Zahl der A.G. in England zurückzuführen sein. Dort ist auch nicht, wie in Deutschland, der Nennwert der Aktie auf mindestens 1000 Mk. gesetzlich festgelegt, sondern kann heruntergehen bis auf 5 Pfund. Trotzdem bewegt sich das Aktienwesen in England in hohen Werten, was sicherlich auch die Tätigkeit der englischen Accountants, das den gesetzlichen vorgeschriebenen Revisionszwang zur Mitte gebracht hat, beiträgt. Gleichartige Einrichtungen wie in England bestehen in Schottland, dort als „Scottish Institute of Accountants“ und in Südaustralien unter der Bezeichnung „Institute of Accountants in South Australia“ (Incorporated). Es wäre zu wünschen, daß die vorstehende Anregung in den beteiligten Kreisen Beachtung findet im Interesse der Aufsichtsratsmitglieder der deutschen A.G., im besonderen Interesse der deutschen Aktionäre und zum Wohle und Bestehen der deutschen Industrie und des christlichen Handels.

Berliner Börse.

Devisen höher.

Unter dem vermehrten Begeh mußten heute die Devisenkurse wesentlich heraufgesetzt werden. Die Zuteilung wurde wieder verringert und zwar wurde auf die Hauptdevisen nur ein Prozent gegeben, auf die übrigen Devisen meist 2 Prozent.

Berliner Produktenbörse.

w. Berlin, 13. Nov.

Am Produktenmarkt herrschte eine feste Stimmung, hauptsächlich unter dem Einfluß des Umstandes, daß in Westdeutschland auf Grund des Valutaverhältnisses dort und im Ausland wesentlich höhere Preise für Getreide und Mehl gezahlt werden, als hier zu erzielen sind. Das Geschäft gestaltete sich durch den Mangel an Goldanleihe und die nicht leicht zu beschaffende genügende Papiermenge sehr schwierig. Weizen blieb seitens der Mältereien gefragt und erzielte höhere Preise. Auch Roggen und Gerste gehalten, bei vermehrter Nachfrage in Waggonware und für Lagerroggen in Bremen. Gerste war ziemlich ruhig. Hafer war andauernd nach dem Westen zu höheren Preisen verwerlt. Im Mehlgewerbe hat sich kaum etwas geändert.

Futterartikel zeigten eine feste Tendenz. Amtliche Notierungen: (Preise in Goldmark für 10 Ztr. Getreide oder 1 Doppelztr. Mehl): Märkischer Weizen 180-184, Tendenz fester. Märkischer Roggen 172-176, Tendenz fester. Sommergerste 168-172, stetig. Märkischer Hafer 159-161, Tendenz ruhig. Weizenmehl 29-31, Tendenz ruhig. Roggenmehl 28-31, Tendenz stetig. Weizenkleie 8-8 1/2, Tendenz stetig. Roggenkleie 8-8 1/2, Tendenz stetig. Victoriaerbsen 43-52 kleine Speiserbsen 33-36, Pelusken 18-20, Rapskuchen 20-23, Leinkuchen 13-14. Nichtamtliche Raufutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0.80-1.00, Haferstroh 0.70-0.90, gebündeltes Roggenlangstroh 1.10-1.20, Heu, gutes 0.80-0.90.

Hamburger Almetalle heute nicht notiert.

Sinner-A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel. Der Aufsichtsrat der Sinner A.-G. hat im Hinblick auf die herrschende Notlage, die vielfach auch die Aktionäre der Gesellschaft trifft, beschlossen, auf die für das laufende Geschäftsjahr zu erwartende Dividende schon jetzt einen Vorschub in der zum maßlichen Höhe dieser Dividende auszuschütten und zwar 1/2 Dollar pro Aktie, zahlbar in Reichsgoldanleihe oder in anderer Form nach Wahl der Gesellschaft. Den Aktionären, die ihren Wohnsitz innerhalb 150 km von Karlsruhe haben, soll es freistehen, statt des Geldbetrages Lebensmittel zu beziehen, die frei Wohnort des Empfängers geliefert werden. Die Auswahl unter verschiedenen Lebensmitteln steht dem Aktionär zu, jedoch behält sich die Gesellschaft je nach ihrem Vorrat eine andere Zuteilung vor. Die Firma hofft jedoch sowohl in bezug auf die Zuteilung von Goldanleihe als auch in bezug auf die Verteilung der Lebensmittel allen Wünschen der Aktionäre gerecht werden zu können. Die Einreichung aller Dividendenscheine hat bis längstens 30. November zu erfolgen, die Einreichung jener, auf die Lebensmittel verlangt werden, direkt bei der Gesellschaft. Man beachte die Anzeige in der heutigen Nummer.

Das Weinherbstergebnis in Baden. Die Zeitschrift „Weinbau und Kellerwirtschaft“ teilt mit, daß man in der Markgrafschaft durchschnittlich nur einen Viertel Herbst, stellenweise noch weniger erhielt. Am Kaiserstuhl ist die Ernte gering ausgefallen; in den Hagelgebieten gleicht sie einem vollkommenen Fehlherbst. Die Ortenau hat stellenweise nur einen Zehntel Herbst erhalten, zumal in den Rotweingebieten, während Riedling und Cleverer besser ausgaben. Der Ortenauer Winzerverein beschloß in seiner in Durbach abgehaltenen Generalversammlung folgenden Mindestpreis für 1923er Weine: 60 Goldmark für geringste Weine, 80 Goldmark für mittlere und 100 Goldmark für Cleverer und Rotweine.

Erhöhung der Zuckersteuer. Die Abgabe von Stärkezucker wird ab 12. November auf 387, von anderem Zucker auf 969 Milliarden Mark für 100 Kilogramm Reingewicht erhöht.

Erhöhung der Salzsteuer. Die Steuer von Salz beträgt ab 12. November 468 Millionen Mark für ein Kilogramm Reingewicht.

Devisennotierungen:

w. Berlin, 13. November.

Table with columns for city (e.g., Amsterdam, London, New York), date (12. November, 13. November), and exchange rates in MM and TM.

Zuteilungen: Amsterdam-Rotterdam 1%, Buenos-Aires 2%, Brüssel-Antwerpen 1%, Christiania 2%, Kopenhagen 2%, Stockholm 2%, Helsingfors 1%, Italien 1%, London 1%, New-York 1%, Paris 1%, Schweiz 1%, Spanien 1%, Lissabon 2%, Japan 2%, Rio de Janeiro 2%, Wien 1%, Prag 1%, Jugoslawien 1%, Budapest 1%, Sofia 2%.

Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elenz, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 26. Alles circa in Billionen Mark für nom. 1000.- oder je Stück:

Table listing various commodities and their prices, including Adler Kali, Api, Bad. Lokomotivwerke, etc.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte Karlsruhe.

Dienstag, den 13. November 1923.

Am Bereiche des Hochdruckgebietes, das nach Südosteuropa vorrückte, dauerte in Süddeutschland das teils heitere, teils neblige, trockene Wetter an. Infolge des Einbruchs warmer Luftströmungen über den kalten Luftmassen des Tiefdruckes herrschte harte Temperaturumkehr im Gebirge. Auf dem Feldberg stieg das Thermometer gestern bis 14 Grad. Da über Irland eine neue, kräftige Drückung erloschen ist, sieht jetzt ein Winterausblick bevor. Es sind zunehmende Trübungen, stark aufsteigende westliche Winde, steigende Temperatur und später Regenfälle zu erwarten.

Wetterausblick für Mittwoch, 14. Nov. 1923: Winterausbruch. Trübungen, später Regen, stark aufsteigende westliche Winde, steigende Temperatur.

Table for weather outlook showing temperatures for 13. November and 12. November at different times.

Rede über seine Erfahrungen in Tirol und der Schweiz zu berichten. Ausgesprochenen Bildhauer, die von dem künstlerischen Verständnis des Vortragenden bereites Zeugnis ablegten, ergänzten das gefrorene Wort. Mit großer Begeisterung hörte die versammelte Sportschmeide, welche allgemeiner Anerkennung sich die noch immer um der Skifahrt und den Alpinismus tätigen Mitglieder Professor R. A. H. und Prof. R. A. H. Paulke liberal erließen. War es doch Prof. Koblhuber, der als einer der ersten auf Schneeschuhen den Felsberg bestieg, während Prof. Paulke durch die Bestimmung des Oberalpeinstock den Beweis erbrachte, daß der Ski auch im Hochgebirge Verwendung finden kann. Der Vortragende verläumt aber auch nicht, darauf hinzuweisen, daß Hochland-Skifahren mit Gefahren verbunden sind, und daß sich der Skifahrer nur dann ins Hochgebirge wagen soll, wenn er genügend alpine Erfahrung besitzt und einen zuverlässigen Freund als Begleiter hat. Dann aber dürfen solche Touren nicht nur Gesundheit und Mühenkraft, dann sind sie für Leib und Seele ein ewiger Juturn.

Denkschriften.

Beethoven-Sonatenabend. Der zweite Beethoven-Sonatenabend von Frau Dr. Sachs-Fittell und Herrn Dr. Karl Brüdner findet am Samstag, 17. November, abends 8 Uhr, im Saale des Konseratoriums statt. Zum Vortrag gelangen die Sonaten Nr. 10, 8, 7 und 4. Besondere Interesse wird die Sonate Nr. 10 erwecken, die dem berühmten Gelehrten Beethoven gewidmet ist. Karten in der Musikalienhandlung Fritz Müller.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 11. November: Rich. Voigt, Kaufmann, Chemann, alt 53 Jahre; Wilhelm Korn, Schlosser, Chemann, alt 63 Jahre. 12. November: Laura Kath. Blum, alt 27 Jahre, Ehefrau des Mel.-Kol.-Führers Albert Blum; Seins, alt 5 Monate 16 Tage, Vater Karl Blum er, Eisenfabrik; August Seibel, Schriftf. Chemann, alt 53 Jahre; Gust. Gerlach, Handelsvertreter, Chemann, alt 45 Jahre. 13. November: Pauline Reichel, alt 48 Jahre, Ehefrau des Wärters Gustav Adolf Nabel.

Schule und Kirche

Keine Uebernahme von Lehrmittelpflichtigen.

Das badische Unterrichtsministerium hat einen Erlaß an die Direktoren sämtlicher badischer Schulen herausgegeben, worin mitgeteilt wird, daß mit Rücksicht auf den beabsichtigten Abbau von Beamtenstellen, und da für die nächste Zeit kein Bedarf mehr vorhanden ist, sowohl für die im Vorbereitungsdienst stehenden, als auch für die derzeit vertragsmäßig verwendeten Lehrmittelpflichtigen vorläufig keine Uebernahme stattfinden können.

Aus der Landeskirche.

Die evang. Kirchenregierung ist im Begriffe, eine wichtige Neuerung einzuführen. Es sollen nämlich die Kirchenkreise in Landes- und Ortskirchenkreisen in Zukunft durch eigene Erheber eingezogen werden. Die Kirchenregierung hat Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Behörden des Staates und des Reiches eingeleitet und die Kirchengemeindevorstände und Kirchengemeinderäte auf der Höhe der Dinge gehalten, alsbald die Bestellung von Kirchenkreiserhebenden ins Auge zu fassen. Neben bewährten früheren Kirchenkreiserhebenden könnten auch Steuerbeamte und Gemeindevorstände in Betracht kommen. Wie die Kirchenregierung bekannt gibt, wird der Umfang der Erheberbezirke der gleiche sein, wie er früher war. Die Einziehung der Kirchenkreise durch eigene Erheber soll für das laufende Erhebungsjahr geschehen.

Die auf den Bemerkungen Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Forstheim und Weinsheim gelegenen evang. Kirchengemeinden haben sich zur gemeinschaftlichen Ausübung des Besteuerungsrechtes als Zweckverband einer Gesamtkirchengemeinde vereinigt. Zur Bildung dieser Zweckverbände wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Für den Fuß- und Betrag hat der evang. Kirchenrat folgende Termine bestimmt: Math. 29, 27-29 (normiert) und Hebr. 10, 22-25 (nachmittags).

Schlüsselzahlen des 14. Novemb.

- Badischer Einzelhandel: 200 (Vorjahr 150) Milliarden. Badischer Einzelhandel: 150 (Vorjahr 150) Milliarden. Karlsruher Leertanzszahl (mit Vorkriegswert): Etwa 5. Nov. 108 988 994 924.16 (Vorw. 13 923 019 835.74). Badische Landesindexziffer (mit Vorkriegswert): Etwa 5. Nov. 100 520 938 938.94 (Vorw. 14 628 837 055.57). Badische Landesindexziffer (ohne Vorkriegswert): Etwa 5. Nov. 80 337 225 140.70 (Vorw. 12 888 232 043.42). Reichsindexziffer: Etwa 5. Nov. 98 500 000 000 (Vorw. 13 671 000 000). Großhandelsindex: Etwa 6. Nov. 120 000 000 000 (Vorw. 18 700 000 000). Goldbarwertindex für die Reichssteuer 200 Milliarden. Goldmark: 200 500 000 000. Schlüsselzahl der Reichsbank für 14. Nov. 200 Milliarden (aktuell von Mittwoch zu Mittwoch). Mittelbadische Brauereien: Ab 5. November Goldmarkpreis: 1 Liter Lagerbier 15 Pf., 1/2 Liter Exportbier 20 Pf., 1/4 Liter Weiswein 40 Pf., 1/4 Liter Rotwein 45 Pf. Essen in Kleinbetrieben 30 in Mittelbetrieben 250 Milliarden. Badische Hotelindustrie 200 Milliarden. Badische Landessteuer: Für 14. Nov. 200 Milliarden. Volkshilfe: Gutschein für 1.-10. November 200 Milliarden. Verwaltungsmarkte 45 Milliarden. Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 250 Millionen. Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe: 10,025 Milliarden. Buchhändler-Schlüsselzahl: 215 Milliarden.

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 14. November 1923.

Bad. Landes-Theater: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Abends 7-10 Uhr. Stadt. Konzertsaal: Badische Volkslieder, „Friedrich Schiller“. Nachmittags 4 und abends 8 Uhr. Reichens. Volkshilfe: Neues Programm. Café des Weichens: Großes Sonderkonzert. Abds. 8 1/2 Uhr.